

Stand: 19.04.2024 19:50:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12683

"Kultur für alle - für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kultur, Information und Kommunikation"

---

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/12683 vom 25.05.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/13781 des SO vom 27.09.2012
3. Beschluss des Plenums 16/14152 vom 17.10.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 17.10.2012

## Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp, Angelika Weikert, Markus Rinderspacher SPD**

### **Kultur für alle – für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kultur, Information und Kommunikation**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die vergaberechtlichen Bestimmungen in der Weise zu ändern, dass die Landesbehörden bei der Beschaffung von kultureller und medialer Infrastruktur die barrierefreie Erreichbarkeit und zweckentsprechende Nutzbarkeit durch Menschen mit Behinderung ohne fremde Hilfe mit berücksichtigen. Staatliche Förderung im Bereich der Denkmalpflege ist daran zu knüpfen, dass bei Sanierung oder Umbau die Grundsätze barrierefreier Planung beachtet werden;
2. Bayerns Förderformen und -programme so zu gestalten, dass es Menschen mit Behinderung möglich ist, daran teilzuhaben und sich kulturell gleichberechtigt zu betätigen und zu verwirklichen. Auch die Vergabe von Fördermitteln und die Bereithaltung barrierefreier Zugänge müssen dabei berücksichtigt werden. Die inhaltliche Mitgestaltung in den Gremien und Jurys über die Vergabe von Fördermitteln und Preisen bzw. die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderung muss gewährleistet sein;
3. die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu einer möglichst weitgehenden Nutzung von Untertiteln, Gebärdensprache und Audiodeskription bei Eigen- und Auftragsproduktionen anzuregen, sich gemäß der Protokollerklärung der Länder zum Rundfunkbeitragsstaatsvertrag regelmäßig über die Fortschritte beim Ausbau der geforderten barrierefreien Angebote von öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern berichten zu lassen und sich im Austausch mit den anderen Bundesländern für eine gegebenenfalls notwendige Verschärfung der staatsvertraglichen Regelungen zu Gunsten von Menschen mit Behinderungen und bzw. oder für eine bessere Finanzierung barrierefreier Angebote einzusetzen;

4. darauf hinzuwirken, dass in den Ausbildungsbetrieben der Kultur- und Medieneinrichtungen Bayerns die besonderen Anforderungen an eine Ausbildung von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden;
5. die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung bei entsprechenden Bildungsangeboten zur Vermittlung von Medienkompetenz zu berücksichtigen.

#### **Begründung:**

Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) für Deutschland verbindlich. Diese fordert die Inklusion für Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Auch im Freistaat Bayern sieht die SPD trotz dieser Festlegungen noch erheblichen Präzisionsbedarf.

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits gemacht. Schon am 22. April 2010 hat die SPD-Fraktion im Bereich Erziehungs- und Unterrichtswesen einige Eckpunkte zur Umsetzung im schulischen Bereich festgelegt. Die Fraktion stellte zur weiteren Verwirklichung der UN-BRK am 24. Januar 2012 einen Antrag an den Deutschen Bundestag, der nun auch auf bayerischer Landesebene weiterer Konkretisierungsbedarf.

Des Weiteren forderte die SPD-Fraktion schon am 23. Oktober 2009 auf bayerischer Landesebene, die UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern inhaltlich umzusetzen. Hierbei wurde vor allem für eine Inklusion im Bildungsbereich plädiert. Es gab zu diesem Themenblock auch einen interfraktionellen Beschluss, der aber die Inklusion auf weiteren Ebenen, wie beispielsweise der Kultur, vernachlässigt.

Ein weiterer Schritt wurde 2011 gemacht, als der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit des Bayerischen Landtags beschloss, einen Runden Tisch zur Begleitung der Erarbeitung eines Bayerischen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einzurichten. Als Ergebnis des Runden Tisches soll bis Ende 2012 ein überarbeiteter Aktionsplan vorliegen.

Dennoch bzw. gerade deshalb ist überaus wichtig, dass auch im Kulturbereich die Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderung stärker vorangetrieben wird.

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit**

**Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann,  
Christa Steiger u.a. SPD**

**Drs. 16/12683**

**Kultur für alle - für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit  
Behinderungen zu Kultur, Information und Kommunikation**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christa Steiger**  
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juli 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 180. Sitzung am 27. September 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Brigitte Meyer**  
Vorsitzende

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp, Angelika Weikert, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/12683, 16/13781

**Kultur für alle – für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kultur, Information und Kommunikation**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 17, die einzeln beraten werden soll, und die ich gleich im Anschluss an die Abstimmung über die Liste aufrufen möchte, wenn Sie damit einverstanden sind.

(...)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wiederum alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### **Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. Juli 2012 (Vf. 10-VII-12, Vf. 11-VII-12, Vf. 12-VII-12 und Vf. 14-VII-12) betreffend Popularklagen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 9 und 11 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 20. Dezember 2007, geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2012 (GVBl S. 270) PII/G-1310/12-9  
Drs. 16/13779 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

### **über die Verfassungsstreitigkeit wird gesondert abgestimmt**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. August 2012 (Vf. 15-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. der 3. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Starnberg über den Schutz des Würmtales und von Landschaftsteilen beiderseits der Würm (Würmtalschutzverordnung vom 21. Mai 2012 (ABl Nr. 22 vom 30. Mai 2012),
  2. der 3. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Starnberg über die Inschutznahme des Kreuzlinger Forstes, des Pentenrieder Schlages, des Unterbrunner Holzes, des Frohloher Buchets und angrenzender Freiflächen (Landschaftsschutzverordnung „Kreuzlinger Forst“) vom 21. Mai 2012 (ABl Nr. 22 vom 30. Mai 2012),
  3. der 22. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Starnberg über die Inschutznahme des westlichen Teils des Landkreises Starnberg (Landschaftsschutzverordnung „Westlicher Teil des Landkreises Starnberg“) vom 21. Mai 2012 (ABl Nr. 21 vom 23. Mai 2012)

PII/G-1310/12-10  
Drs. 16/13780 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. August 2012 (Vf. 17-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 92 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, 528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. März 2012 (GVBl S. 94) PII/G-1310/12-11  
Drs. 16/13934 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. September 2012 (Vf. 18-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 2 und 98 der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG) vom 27. Juli 2011 (GVBl S. 346, BayRS 2170-5-1-A) PII/G-1310/12-12  
Drs. 16/13935 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

**Anträge**

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
EU-Abgasregelungen  
Drs. 16/11637, 16/13791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD  
Hauswirtschaft wieder beim Namen nennen  
Drs. 16/12071, 16/13902 (A)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:**

**Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Empfehlungen der Kommission zum zweiten Bayerischen Sozialbericht umsetzen! II – Anpassung der Leistungen für ambulante und stationäre Pflege in der Pflegeversicherung  
Drs. 16/12339, 16/13789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rückverfolgbarkeit ermöglichen – nur Eier gleicher Herkunft in eine Verkaufsverpackung  
Drs. 16/12678, 16/13888 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner u.a. SPD, Markus Rinderspacher  
Stilllegung des Kernkraftwerks Isar 1  
Drs. 16/12682, 16/13889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. SPD  
Kultur für alle – für einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kultur, Information und Kommunikation  
Drs. 16/12683, 16/13781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sicherung der Versorgung durch Hebammen –  
Umsetzung der Ergebnisse der IGES-Studie  
Drs. 16/12686, 16/13890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Übergangsregelung für die Einfahrt von Omnibussen mit der Schadstoffgruppe 3 (gelbe Plakette) in deutsche Umweltzonen  
Drs. 16/12722, 16/13891 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Angemessene Honorierung für Hebammen  
Drs. 16/12762, 16/13892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
KFZ-Beihilfen für Menschen mit Behinderung bedarfsorientiert bewilligen – Teilhabegrundsatz der Eingliederungshilfe umsetzen  
Drs. 16/12813, 16/13782 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Bildungs- und Teilhabepaket – Ist wirklich gesellschaftliche Teilhabe möglich?  
Drs. 16/12817, 16/13783 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD  
Erhebung des Bedarfs für Kinderbetreuung in öffentlichen Einrichtungen mit Schichtdienst  
Drs. 16/12984, 16/13840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Umsetzung eines Beschlusses des Bundestags (BT-Drs. 17/4651) vom 8. Februar 2011 zur Einführung eines nationalen Gedenktags (Tag der Heimat) am 5. August für Opfer von Flucht und Vertreibung  
Drs. 16/13056, 16/13785 (E)

**der Antrag wird einzeln beraten**

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Beweidungsaufgabe für Photovoltaik-Anlage  
Drs. 16/13759, 16/13901 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**